

Bauwirtschaft soll nachhaltiger werden

St. Johann i.T. – Die Bauwirtschaft steht vor einer Vielzahl von Herausforderungen, darunter Materialengpässe und Lieferprobleme. Sie erzeugt aber auch einen wesentlichen Teil des Abfallaufkommens in Europa, hat einen enormen Ressourcenverbrauch und ist der größte Verursacher von CO₂-Emissionen. Um diesen Problemen rechtzeitig entgegenzuwirken, ist laut Experten eine progressive Umstellung auf die Kreislaufwirtschaft notwendig. Diesem Thema widmeten die Egger Group, Hanel Ingenieure und das TIQU – Tiroler Qualitätszentrum für Umwelt, Bau und Rohstoff – kürzlich eine Tagung.

Mehrkosten beim Bauen

„Die Welt schaut auf uns und es ist an der Zeit, Verantwortung zu übernehmen. Angesichts dieser Problematiken ist ein Umdenken von zentraler Bedeutung und zwar hin zu zukunftsfähigen Lösungen“, ist Carlo Chiavistrelli, Geschäftsführer Hanel Ingenieure, überzeugt. Dass dieser Weg kein leichter wird, erklärte Dietmar Thomaseth

von TIQU: „Funktionieren kann das nur, wenn wir unser Handeln zu Ende denken. Hier tragen wir eine Verantwortung. Nachhaltiges Bauen wird in der ersten Phase in einigen Bereichen erhebliche Mehrkosten verursachen. Aber wenn wir einen echten Wandel wollen, muss es uns das wert sein!“

Geschlossene Kreisläufe

Bei Egger bildet das Arbeiten in geschlossenen Kreisläufen bereits den Kern des Geschäftsmodells. „Auch deshalb war es uns wichtig, zusammen mit TIQU und Hanel mit dieser Veranstaltung der Bauwirtschaft auf dem Weg hin zu einer zukunftsfähigen Gestaltung eine Plattform bieten zu können“, so Matthias Danzl, Egger Werksleiter für Vertrieb.

Der europäische Green Deal ist die neue europäische Wachstumsstrategie. Dessen zentrale Bedeutung hob Franz Fischler, Präsident des Instituts für Höhere Studien (IHS), hervor. Er unterstrich, dass die Kreislaufwirtschaft vorangetrieben werden müsse, um Europas hohe Abhängigkeit von Energie- und Rohstoffimporten zu mindern. (TT)

NEUES VOM BAU

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG



„Es ist essenziell, dass das Geld in der Region bleibt, um regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu sichern – gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten.“

Anton Rieder
Landesinnungsmeister

Foto: Ch. Ascher



Ruf nach fairer Vergabep Praxis für KMU

Damit neben den „Big Playern“ auch kleine und mittlere Bauunternehmen in öffentlichen Vergabeverfahren berücksichtigt werden, pocht die Tiroler Landesinnung Bau auf Unterstützung der Gemeinden. Eine Fibel dient als praktischer Wegweiser.

Die mehr als 40.000 kleinen und mittleren Bauunternehmen (KMU) in Österreich bilden das Rückgrat der heimischen Wirtschaft – immerhin stellen sie Zehntausende Arbeitsplätze zur Verfügung und bilden eine Vielzahl an Lehrlingen aus. Dennoch kommen KMU sowie Unternehmen im Baunebengewerbe bei den immer komplexer werdenden Vergabeverfahren häufig nicht zum Zug – und das trotz hervorragender Produkte und Dienstleistungen.

Zahlreiche Hürden

„Aufgrund von überzogenen Eignungs- bzw. Auswahlkriterien werden KMU bei Bauprojekten zunehmend nicht einmal zur Angebotslegung zugelassen. Auch diverse Zuschlagskriterien und hohe Anforderungen sorgen für Benachteiligung“, adressiert Anton Rieder, Landesinnungsmeister und Vizepräsident der Tiroler Wirtschaftskammer, das massive Ungleichgewicht im aktuellen Vergabesystem.



Vergabe auf Augenhöhe: Im Wettbewerb um öffentliche Aufträge sollen neben großen Unternehmen auch KMU berücksichtigt werden. Foto: Adobe Stock

Auch angesichts der Tatsache, dass die jährlich rund 25.000 öffentlichen Aufträge etwa 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachen, betont Rieder die

Notwendigkeit, das Vergabeverfahren zu überdenken: „Es ist essenziell, dass das Geld in der Region bleibt, um regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu sichern – ge-

rade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten.“

Ball liegt bei Gemeinden

Nicht das Gesetz, sondern die operative Umsetzung

legt KMU Stolpersteine in den Weg. Rieder sieht daher vor allem die Gemeinden in der Pflicht: „Die Möglichkeiten müssen – unabhängig der Verfahrensart – voll

ausgeschöpft werden, damit KMU eine faire Chance erhalten.“ Die Gemeinde trägt als Bauherr die Verantwortung für die Gestaltung ihrer Projekte und kann die jeweilige Vergabemethode – auch zugunsten von KMU – bestimmen. Das Best- statt Billigbieterprinzip müsse gestärkt werden.

Fibel garantiert fairen Wettbewerb

Um eine ganzheitliche Bewertung vorzunehmen, hat die Bauinnung eine Vergabefibel als praxisorientierten Wegweiser ausgearbeitet. Sie soll Auftraggebern Anhaltspunkte bieten, um KMU bei der Ausschreibung von Bauleistungen verstärkt mit ins Spiel zu bringen. „Das Ampelsystem bietet eine ausgezeichnete Richtlinie, um Vergabekriterien so anzupassen, dass sie KMU nicht benachteiligen“, erklärt Rieder und betont: „Es liegt im Interesse aller Marktseiten, die Teilnahme von KMU am Wettbewerb zu ermöglichen und zu fördern.“